

# Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

## 11. Senat



Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstr. 31, 10623 Berlin

Herrn Rechtsanwalt  
Thorsten Deppner

Per Fax: 28009515

Aktenzeichen (Bitte stets angeben)	Ihr Zeichen	Durchwahl	Datum
<b>OVG 11 S 127/20</b>	TD19-005		10. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

in der Verwaltungsstreitsache

**Naturschutzbund Deutschland (NABU) u.a. ./ Landesamt für Umwelt**

erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 10. Dezember 2020.

Der dem Senat und auch der zuständigen Spruchgruppe gegenwärtig angehörnde Richter am Verwaltungsgericht hat mit Blick auf das vorliegende Verfahren folgende Erklärung abgegeben:

„Vorsorglich weise ich auf Folgendes hin: Ich bin im Rahmen einer Familienmitgliedschaft seit dem Jahr 2019 Mitglied im NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V., Landesverband Berlin. Nachdem meine Frau und ich das NABU-Zentrum Storchenschmiede Linum besucht hatten, haben wir uns für die Familienmitgliedschaft entschieden. Durch diese Mitgliedschaft möchte ich den auch dort vom NABU verfolgten pädagogischen Ansatz zur Aufklärung über Zusammenhänge in Natur und Umwelt fördern. Der NABU ist lediglich eine von mehreren gemeinnützigen Organisationen, die ich in der Vergangenheit und gegenwärtig finanziell unterstützt habe – jeweils in geringem Umfang. Im Verbandsleben war und bin ich nicht aktiv. Ich habe weder an Veranstaltungen des NABU teilgenommen noch Funktionen im NABU übernommen. Den Positionierungen von NABU-Gruppierungen in Einzelfragen sehe ich mich über die Mitgliedschaft nicht verbunden, weder de-

- 2 -

<b>Sprechzeiten:</b>	<b>Fahrverbindungen:</b>	<b>Anschrift:</b>	<b>Telefon:</b> 030 90149-80
Montag, Dienstag und Donnerstag: 08:30 bis 15:00 Uhr	S-Bahn Zoologischer Garten	Hardenbergstraße 31	Intern: 9149-80
Mittwoch und Freitag: 08:30 bis 13:00 Uhr	U-Bahn Zoologischer Garten	10623 Berlin	Telefax: 030 90149-8088
Donnerstag nach Vereinbarung: 15:00 bis 18:00 Uhr	Bus Hardenbergplatz		www.ovg.berlin.brandenburg.de

Hinweise zum Datenschutz unter [www.ovg.berlin.brandenburg.de/service/datenschutz](http://www.ovg.berlin.brandenburg.de/service/datenschutz) oder auf Anforderung

nen des Landesverbandes Berlin noch denen anderer Landesverbände. Auch ansonsten sehe ich mich in keiner Weise an einer unparteiischen Rechtsanwendung gehindert.

Richter am Verwaltungsgericht“

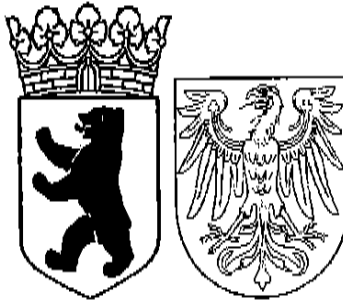
Die Verfahrensbeteiligten erhalten hiermit Gelegenheit zu umgehender Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Vorsitzende

Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht

Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig, weil es mit einer Datenverarbeitungsanlage erstellt wurde.

Beglaubigte Abschrift



## **OBERVERWALTUNGSGERICHT BERLIN-BRANDENBURG**

### **BESCHLUSS**

**OVG 11 S 127/20**

**VG 5 L 602/20 Frankfurt (Oder)**

In der Verwaltungsstreitsache

1. des Naturschutzbund Deutschland (NABU)  
Landesverband Brandenburg e.V.;  
Haus der Natur,  
vertreten durch den Vorstand,  
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam,
2. des Grüne Liga Brandenburg e.V.,  
vertreten durch den Vorstand,  
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam,

Antragsteller und Beschwerdeführer,

bevollmächtigt zu 1:

Rechtsanwalt Thorsten Deppner,

g e g e n

das Landesamt für Umwelt

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

- 2 -

beigeladen:

bevollmächtigt:

hat der 11. Senat durch den Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht  
die Richterin am Oberverwaltungsgericht und den Richter am Ver-  
waltungsgericht am 10. Dezember 2020 beschlossen:

Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Antragsteller vom 1. Dezember 2020 gegen die vom Antragsgegner mit Bescheid vom 30. November 2020 erteilte Zulassung des vorzeitigen Beginns zur Rodung einer Fläche von insgesamt 82,8 ha Wald (Waldrodung Phase 1b sowie c) samt Stubbenrodung auf den Flurstücken 19, 20, 22, 24, 37, 38, 315, 317, 319, 322, 329, 339, 415, 419, 421, 423, 427, 429, 431, 433, 435 und 562 der Flur 9 der Gemarkung Grünheide in 15537 Grünheide (Mark) wird vorläufig bis zu einer abschließenden Entscheidung des Senats mit der Maßgabe wiederhergestellt, dass weitere Rodungsarbeiten und das Befahren des Waldbodens oder der Waldränder mit schweren Fahrzeugen bis dahin zu unterlassen sind.

Die Kostenentscheidung bleibt der Schlussentscheidung vorbehalten.

### Gründe

Die vorläufige Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs der Antragsteller gegen die auf § 8a BImSchG gestützte Zulassung des vorzeitigen Beginns der Errichtung der Anlage für den Bau und die Montage von Elektrofahrzeugen auf im einzelnen bezeichneten Grundstücken am Standort Grünheide dient der Gewährung effektiven Rechtsschutzes.

- 3 -

Das Gebot der Gewährung rechtlichen Gehörs lässt eine sofortige abschließende Entscheidung über die Beschwerde der Antragsteller gegen den die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes ablehnenden Beschluss des Verwaltungsgerichts Frankfurt (Oder) vom 10. Dezember 2020 – VG 5 L 602/20 - nicht zu. Das mit der Beschwerde weiterverfolgte Rechtsschutzbegehren der Antragsteller erscheint bei der hier nur möglichen summarischen Prüfung weder offensichtlich unzulässig noch offensichtlich unbegründet. Da das Verwaltungsgericht den Antragstellern die Antragsrwidernng der Beigeladenen erst gemeinsam mit dem angegriffenen Beschluss um 10:16 Uhr am heutigen Tag hat zukommen lassen, ist den Antragstellern zunächst Gelegenheit zu geben, ihre Beschwerde in Auseinandersetzung auch mit dem dortigen Vorbringen zu begründen.

Die Antragsteller weisen zu Recht darauf hin, dass schon die Fortsetzung der begonnenen Rodungsarbeiten – die Richtigkeit ihrer Einwände gegen die artenschutzrechtliche Prüfung unterstellt – zur Tötung von im Vorhabengebiet in Winterruhe verbliebenen Zauneidechsen und Schlingnattern führen könnte. Da dem Senat zudem bereits aus dem Verfahren OVG 11 S 8/20 bekannt ist, dass die Rodung der Waldfläche sehr schnell erfolgen kann, könnte ein Zuwarten in kürzester Zeit zur Erledigung des vorliegenden Rechtsstreits führen. Dem ist zur Wahrung des Gebots effektiven Rechtsschutzes nach Art. 19 Abs. 4 GG zu begegnen.

Die dienstliche Erklärung des Richters am Verwaltungsgericht steht seiner Mitwirkung in dem vorliegenden, unaufschiebbaren Beschluss gemäß § 54 VwGO i.V.m. § 47 Abs. 1 ZPO nicht entgegen.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO).



~~Ausfertigt~~  
~~Beglaubigt~~  
*[Handwritten signature]*